

Liebe Leserinnen und Leser,

oft bin ich in den letzten Wochen gefragt worden, was man gegen den wieder aufkeimenden Rechtsradikalismus und Rassismus tun könne.

Dreierlei, so meine regelmäßige Antwort, gilt es nun zu beachten: Das wichtigste ist, den Migranten den Rücken zu stärken und unter ihnen die Solidarität gegen den Rassismus zu organisieren. Kein Konzert gegen Rechts, keine Unterschriftensammlung oder Demonstration – so richtig Flagge zeigen auch sein mag – kann die dringend notwendige Gleichstellung der Migranten in der deutschen Gesellschaft ersetzen. Nur wer die gleichen politischen und gesellschaftlichen Chancen hat, wird sich wirksam gegen die Extremisten zur Wehr setzen können. Das bedeutet auch, dass man die alltägliche Diskriminierung, die sich in Begriffen wie „das Boot ist voll“ ausdrückt und aus der Mitte der Gesellschaft heraus kommt, wie Prof. Dr. Heitmeyer zu Recht feststellt, entschieden aufzeigt und ebenso bekämpft.

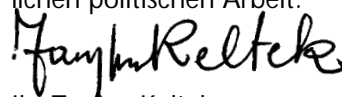
Zweitens gilt es die jetzt wieder hektisch organisierten Aktivitäten in nachhaltig wirkende Politik umzumünzen. Es darf nicht sein, dass richtige Ansätze nach kurzer Zeit wieder verpuffen, wie das nach den schlimmen Ereignissen der Jahre 1992 und 1993 geschehen ist. Wolfgang Niedecken, Leader der bekannten Gruppe BAP, hat die richtigen Worte gefunden, als er bei der Gründung des „Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage“ in der Düsseldorf Staatskanzlei feststellte, dass er nicht allein für öffentlichkeitswirksame Konzerte zur Verfügung stehe, die letztlich nichts bewirkten. Für die LAGA NRW kann ich nur zustimmen.

Das Bündnis wird nur dann erfolgreich sein, wenn jetzt mittel- und langfristige Projekte angegangen werden, auch wenn sie zunächst nicht sonderlich auffallen sollten. Dafür steht die LAGA NRW jederzeit mit aller Tatkraft zur Verfügung. Die Arbeit der LAGA ist bereits eine nachhaltig wirkende politische Tätigkeit gegen den Rechtsradikalismus, die ausgebaut werden muß.

Vorfälle wie in Solingen, wo der seit 1993 tätige „Verein für Völkerverständigung“ den neuen Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit zum Opfer fallen soll, dürfen nicht passieren. Denn sie sind absolut kontraproduktiv, weil sie das Prinzip der Nachhaltigkeit eklatant verletzen.

Schließlich hält die LAGA NRW die Einbeziehung der berechtigten Interessen von Migranten bei allen wichtigen politischen Entscheidungen für notwendig. Wir erwarten, dass die Verantwortlichen in den Kommunen die Migrantenvertretungen verstärkt bei der Stadtplanung, in der Bildungs- und Kulturpolitik einbeziehen. Denn der schnellste Weg zur Nachhaltigkeit, ist bestehende und funktionierende Strukturen besser zu nutzen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen Kraft und Ausdauer bei der täglichen politischen Arbeit.



Ihr Tayfun Keltok



Aus dem Inhalt:

**Bündnis für Toleranz und Zivilcourage**

Dokumentation  
Auszüge aus der Rede  
von Ministerpräsident  
Clement  
und  
Prof. Dr. Wilhelm  
Heitmeyer

Was ist los in NRW?

Bekämpfung von  
Diskriminierung

Einbürgerungszahlen  
steigen

Seminarübersicht

Neuerscheinungen

Impressum

September 2000

# Bündnis für Toleranz und Zivilcourage

LAGA beteiligt sich an der Initiative der Landesregierung gegen Rechtsradikalismus

*Politiker und Wissenschaftler, Vertreter von Interessengruppen und Medien kamen am 16. August 2000 zu einem „Stadttorgespräch“ bei Ministerpräsident Clement zusammen. Gemeinsam will man der neuen Welle von Rechtsextremismus, Gewalt und teilweise Terrorisierung von Minderheiten begegnen. Auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen kommen es an, mahnte LAGA-Vorsitzender Tayfun Kelttek gleich beim ersten Treffen. Im folgenden dokumentieren wir die wichtigsten Positionen und erste Ergebnisse des Bündnisses.*

## Dokumentation

„Für Toleranz und Zivilcourage – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“

**Auszüge aus der Rede von Ministerpräsident Wolfgang Clement beim Stadttorgespräch am 16.8.2000**

Der Anlass für dieses Stadttorgespräch ist sicher wichtig genug.

Es geht darum, wie wir jedem Fremdenhass und aller Gewalt entschieden und so wirkungsvoll wie möglich entgegenzutreten können.

Denn wir dürfen und wir wollen nicht hinnehmen, dass Menschen in unserem Land beleidigt, eingeschüchtert, bedroht, angegriffen und verletzt oder gar ermordet werden. (...)

Ausländer waren von Gewalttaten der letzten Zeit in erster Linie betroffen, aber auch Behinderte, Homosexuelle und Obdachlose, kurz: Minderheiten.

Damit dies niemand überhört: Wir werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des demokratischen Rechtsstaates gegen rechtsradikale Parolen und menschenverachtende Gewalt vorgehen. (...)

„Die Landesregierung wird unter Ausnutzung aller repressiven Mittel durch Polizei, Verfassungsschutz und Justiz den Verfolgungsdruck auf rechte Straf- und Gewalttäter erhöhen. Die Landesregierung wird alle präventiv wirkenden Maßnahmen – insbesondere der politischen und schulischen Aufklärung sowie der Jugend- und Sozialarbeit weiterentwickeln.“

Mit einem ganzen Maßnahmenbündel versuchen wir gemeinsam mit den



Schulen, mit den Trägern der Jugendhilfe, der Polizei und vielen anderen bereits seit Jahren, Gefährdungen durch Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu begegnen.

Ein interministerieller Ausschuss wird diese Aktivitäten künftig koordinieren.

Die fremdenfeindlichen, gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Wochen sind aber nicht nur ein Angriff gegen die Opfer, sie sind auch ein „Schlag gegen die Demokratie“, wie Paul Spiegel es ausgedrückt hat.

Ich möchte hinzufügen: Was wir an Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in den letzten Wochen erlebt haben, macht deutlich:

Der zivile Konsens zeigt zumindest in einigen Bereichen unserer Gesellschaft bedrohliche Ermüdungserscheinungen. (...)

Dass das Leben und die Würde unantastbar sind, gilt für alle Menschen ohne jede Ausnahme. (...)

Es ist hoch an der Zeit, diejenigen, die Gewalt und Hass predigen und danach handeln, als verantwortliche Subjekte ihrer Worte und Taten und damit als erklärte Gegner der offenen, demokrati-

schen Gesellschaft in den Blick zu nehmen und sie als das zu bezeichnen, was sie sind: Kriminelle, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. (...)

Natürlich weiß ich selber, dass man Mitläufer, harte Ideologen und Täter der Gewaltszene nicht über einen Kamm scheren darf, dass bei den einen durchaus sozialpädagogische Maßnahmen helfen können, bei den anderen nur die ganze Härte des Gesetzes angebracht ist. (...)

Wenn die Wachsamkeit gegenüber Gewalt und Ausländerfeindlichkeit bei uns kein Strohfeuer bleiben soll, dann muss sich die demokratische Öffentlichkeit wieder stärker als bisher der fort-dauernden Gefährdung ihrer Grundlagen bewusst werden.

Das heißt: Gegenüber Gewalt und Ausländerfeindlichkeit gibt es bei uns keine Toleranz.

Wer gegen Gesetze verstößt, muss mit der Härte der Gesetze rechnen.

Organisationen, die sich in Wort und Tat außerhalb des zivilen Grundkonsens unserer Verfassung stellen, müssen verboten werden. (...)

**Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, beim Stadttorgespräch am 16. 8. 2000**

Letztendlich ist die aktuelle Debatte ein defensives, nur reaktives Vorgehen, man hechelt gewissermaßen hinter den rechtsextremen Gruppen hinterher.

Dies liegt an zwei Gründen.

Erstens setzt man am Ende der Entwicklungsprozesse von menschenfeindlichen Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Verachtung von Anderssein und Etabliertenvorrechten an, die ja unzweifelhaft in die Wählerschaften der demokratischen Parteien hineinragen und auf die man bei knappen Wahlentscheidungen angewiesen ist. Diese Einstellungen verdichten sich dann zum Rechtsextremismus, wenn Gewaltakzeptanz und Ge-

walttätigkeit hinzukommen und sich organisatorisch über emotionalisierte Gruppenzugehörigkeit verbinden.

Wenn man am Ende des Politisierungsprozesses ansetzt, dann geht die Aufmerksamkeit und das Interesse daran verloren, in welchen Stadien menschenfeindliche Einstellungen und Gewalt entstehen und eskalieren.

Der zweite Grund hängt damit zusammen und ist besonders gravierend. Es wird vielerorts so getan, als hätten diese rechtsextremen Gruppen mit den aktuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in dieser Gesellschaft nichts zu tun, so als seien es Sonderfälle abseits einer ansonsten intakten Gesellschaft.

Die Durchsetzung einer solchen problematischen Deutung wird seit langer Zeit von einer Vielzahl relevanter gesellschaftlicher Gruppen betrieben. Das sind moralische Entlastungsstrategien ebenso wie Abschirmungsinteressen, die dringend auf den unbequemen Prüfstand gehören. Kurz: Es geht entscheidend darum, den Blick auf die Mitte der Gesellschaft zu lenken, weil dort Probleme entstehen, deren politische Auswirkungen sich dann in menschenverachtender Gewalt am rechtsextremen Rand zeigen.

(...)

Rechtsextremismus setzt sich nach meiner Auffassung aus einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und Gewalt zusammen. Diese Ideologien der Ungleichwertigkeit werden auch von Teilen der Eliten dieser Gesellschaft produziert und gewinnen umso größere Legitimation für das gewalttätige Handeln jener Gruppen, je höher die soziale Position derer ist, die diese Ideologien äußern.

Das beginnt schleichend und auch schon mit Unaufmerksamkeiten. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass Wissenschaftler die Auschwitzlüge propagieren und aktuell im Historikerverband nicht bemerkt wird, dass sein Verbandstag, der demnächst in Aachen stattfindet, von dem rechtsextremen Verlag gesponsert wird, der eben diese Bücher zur Auschwitzlüge publiziert. Dazu gehört das Wort eines Konzernvorstandes, der vor nicht allzu langer Zeit von „Wohlstandsmüll“ sprach und damit bestimmte Gruppen von Menschen meinte. Und dazu gehört ein ehemaliger Innenminister eines Bundeslandes, der sagte, dass er eine durchrasste Gesellschaft nicht zulassen wolle. Ebenso gefährlich ist derjenige Amtskollege, der zwischen uns nützlichen und aus-



nützenden Ausländern unterscheidet. Er liefert das Einstiegsmaterial. Mit dieser Unterscheidung nach Nützlichen und Unnützen beginnt die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Die Rechtsextremen radikalieren diese Position in gewalttätiger, zum Teil tödlicher Weise.

Auf der anderen Seite muss auch die Entstehung von Gewalt erklärt werden, um zu erkennen, wo ebenfalls anzusetzen ist. Die Probleme beginnen sehr früh und zwar dort, wo es um Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit geht. Wir wissen doch schon lange, dass die meiste Gewalt nicht durch Jugendliche auf der Straße ausgeübt, sondern in Familien erfahren wird. Damit wird das Recht auf Unversehrtheit tief verletzt, Respekt geht verloren und Gewalt wird als effektives Handeln erlernt. Die zunächst unabhängig entstehenden Elemente verbinden sich dann, wenn für die Person selbst die prekäre Gefährdung ihrer eigenen sozialen Integration entsteht, d.h. vor allem, wenn eines auf dem Spiel steht: Anerkennung.

Dies ist m.E. ein zentraler, vielleicht sogar der Kernbegriff: wer einem Anerkennungszerfall ausgesetzt ist, erkennt auch andere Personen und soziale Normen nicht mehr an. Die Gewaltschwelle sinkt und wenn dann noch Legitimationsmuster in Form der Ideologie der Ungleichwertigkeit vorhanden sind sowie Gruppen, die über Stärkedemonstration noch Anerkennung versprechen, dann ist der Prozess vollendet, der viel früher begonnen hat.

Vor diesem Hintergrund geht es nicht um abruptes Auftauchen aus dem Nichts, sondern um komplizierte Abläufe. Am Anfang stehen mit Ausnahme der mit Machtkalkül ausgestatteten Ka-

der zumeist Ängste um die für selbstverständlich gehaltenen Zugänge zum Arbeitsmarkt, adäquatem Wohnraum, Teilnahmemöglichkeiten und Zugehörigkeiten. Die Verunsicherung bildet den Nährboden. (...) Rechtsextreme Parteien und Organisationen sind die Nutznießer sozialer Desintegrationsängste oder -erfahrungen. (...)

Insgesamt gehören die Integrations- und Desintegrationsprobleme in dieser Gesellschaft auf die Tagesordnung. Dabei geht es um eine doppelte Integrationsperspektive, also von Zugewanderten und von Teilen der Mehrheitsgesellschaft.

Deshalb haben auch die Wirtschafts- und Finanzressorts – heute aus vermutlich guten Gründen – hier nicht vertreten, mehr mit unserer Thematik zu tun als gemeinhin gedacht wird.

Nirgends wird die Brisanz deutlicher als im Alltag von Städten und Stadtteilen, wo Menschen unterschiedlicher sozialer Lagen und ethnisch-kultureller Herkunft zusammenleben können, aber auch zusammenleben müssen.

Wir haben kürzlich mit Hilfe der Förderung des Wissenschafts- sowie des Arbeits- und Sozialministeriums eine größere Studie in nordrhein-westfälischen Städten abgeschlossen. Das Ziel war wieder, früh Probleme zu erkennen, also am Anfang anzusetzen. Neben ermutigenden Zeichen lassen sich auch äußerst fragile Verhältnisse aufzeigen. Je größer die Desintegrationsängste, desto stärker war die Ethnisierung sozialer Probleme, also die Schuldzuschreibung an andere Gruppen. Dieser Mechanismus findet sich sowohl bei Mehrheitsangehörigen als auch bei Teilen der Minderheit. Zugleich tut sich in manchen Stadtteilen ein politisches Repräsentationsvakuum auf, und die Rückzugstendenzen von Migranten sind unübersehbar. Übereinstimmend, um nur eine Zahl zu nennen, sagten jeweils ein Viertel der befragten deutschen und türkischen Bewohnerschaft, dass das Zusammenleben in den letzten Jahren im Stadtteil schlechter geworden sei.

Deshalb ist es m.E. notwendig, dass sich die Stadtgesellschaften mehr und intensiver denn je um den Integrationszustand ihres Gemeinwesens kümmern. Das bedeutet auch, dass sich die tatsächlich einflussreichen lokalen Eliten sichtbar, hörbar und kontinuierlich zu Wort melden müssen. Dies passiert nicht. Die Delegation entweder an „die“ Politik oder an „die“ Sozialarbeit bzw. an „die“ Eltern ist zu wenig. (...)

## Was ist los in NRW?

Wie wichtig vorbeugende und nachhaltige Maßnahmen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Rassismus sind, zeigen die Ereignisse der letzten Wochen und Monate. Jetzt gilt es darauf zu achten, dass der Wille zu Veränderung nicht

wieder nach kurzer Zeit verpufft, sondern wirklich mittel- und langfristig wirkt. Wir stellen einige beispielhafte Aktionen und Projekte vor, die Nachahmer im ganzen Land finden sollten.

# NO

### Bündnis für Toleranz und Zivilcourage konkret

Erste Ergebnisse des Bündnisses für Toleranz können vermeldet werden. Die Teilnehmer einigten sich auf einen Katalog, der im Land und in den Kommunen umgesetzt werden soll. Die LAGA und die örtlichen Ausländerbeiräte sind aufgefordert, die Umsetzung zu begleiten und – notfalls – massiv einzufordern.

Hier einige der Empfehlungen des Bündnisses:

#### Landesweite Aktionen u.a.:

- 9. November: Landesweite Aktion zur gemeinsamen Erinnerung an die Reichspogromnacht, z.B. durch eine Großveranstaltung
- Beteiligung von Politikerinnen und Politikern an der Interkulturellen Woche. Erwartet werden klare Aussagen zu Integration und Migrationspolitik.
- 21. März: „Tag des Antirassismus“ wieder aufgreifen

#### Aktionen auf kommunaler Ebene u.a.:

- Sensibilisierungsseminare für Sozialarbeiter
- Initiierung von Projektgruppen für Information und Prävention, Null-Toleranz
- Runde Tische vor Ort
- Jährlicher Integrationsbericht über die Situation von Migranten in den Kommunen
- Programme für Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene

### 18 Millionen für Kommunen

Das Land NRW stellt kurzfristig 18 Millionen Mark für Projekte gegen Rechts zur Verfügung. Jede Kommune erhält pro Einwohner eine Mark. Mit dem Geld können einmalige Projekte finanziert oder bestehende Organisationen unterstützt werden. Um der geforderten Nachhaltigkeit solcher Maßnahmen gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit der Ausländerbeiräte mit den Kommunen bei der Vergabe der Gelder sinnvoll. Die örtlichen Beiräte sollten daher darauf achten, dass die Kommune

die ihr zustehende Summe tatsächlich nutzt und gegebenenfalls Vorschläge für die Vergabe formulieren.

### Ausländerbeiräte Mülheim und Iserlohn: Foren gegen Rechts

Mitte August sammelten die demokratischen Parteien in Mülheim an der Ruhr gemeinsam Unterschriften. Die Unterzeichnenden bekannten sich im Text so: „Unser Staat und unsere Gesellschaft, wir alle sind nicht bereit, undemokratisches, intolerantes, extremistisches und fremdenfeindliches Verhalten hinzunehmen, zu dulden oder gar zu entschuldigen.“ Eine gute Aktion, fand auch der Ausländerbeirat, dessen Mitglieder ebenfalls alle unterschrieben. Aber eben nicht genug. Deshalb regte der Vorsitzende Enver Sen ein „Dialog-Forum“ gegen Rechts an. Parteien, Verbände und Schulen sollen zusammen nach langfristig wirkenden Mitteln gegen Rassismus suchen. Sen: „Alle demokratischen Kräfte sollen aktiv werden, um der braunen Minderheit klar zu machen, dass verschiedene Kulturen eine Bereicherung für die Gesellschaft sind.“ Einstimmig beschloss der Beirat einen entsprechenden Antrag, der von Oberbürgermeister Jens Baganz bereits umgesetzt wurde. Er lud Ende September zu einem „Runden Tisch“ ein.

Ähnlich erfolgreich war der Ausländerbeirat Iserlohn. Dort ist ein „Forum gegen Fremdenfeindlichkeit“ auf Initiative des Beiratsmitglieds Ercan Atay, der auch dem LAGA-Vorstand angehört, ins Leben gerufen worden. Regelmäßige Treffen mit Parteien, Verwaltungsvertretern, und Verbänden und Vereinen sollen Probleme an der Wurzel anpacken.

### Ford AG gegen Rassismus Interview mit Dr. Hans-Bert Bong von der Ford AG – Köln

Wie kam es zur Idee einer Ford-Anzeige gegen Fremdenfeindlichkeit?  
Wir arbeiten im globalen Geschäft in



multikulturellen Teams und haben auch in Köln Kollegen aus vielen Ländern, die zum Teil schon viele Jahre in Deutschland leben, zum Teil aber auch nur einige Jahre während eines bestimmten Entwicklungsprojektes bei uns sind. Von daher ist das kulturelle Nebeneinander, bei den Mitarbeitern in der Produktion ebenso wie in den Entwicklungsbereichen, selbstverständlich, alltäglich und für unseren Geschäftserfolg lebenswichtig.

Durch die Vorfälle in der jüngsten Zeit sahen sich einige engagierte Mitarbeiter veranlasst, diese Nachricht nach draußen zu tragen. Dabei wurden sie voll von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat unterstützt.

Ford hat eine Arbeitsgruppe Diversity. Was hat es damit auf sich?

Unsere ‚DIVERSITY‘- Initiative lässt sich vielleicht am besten mit ‚Wertschätzung der Vielfalt‘ übersetzen. Hierbei geht es nicht nur darum, Verschiedenartigkeit zu tolerieren, sondern vielmehr ihren Wert zu erkennen. Vielfalt, oder ‚Diversity‘, geht weit über das hinaus, was vielleicht die meisten Menschen zunächst als Unterschiede wahrnehmen oder definieren würden: Eigenschaften wie Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft. Bei uns schließt Vielfalt alle Unterschiede ein, die wir als Individuum ins Arbeitsleben einbringen. Die Diversity-Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, ein Arbeitsumfeld zu schaffen und zu fördern, welches Unterschiede wertschätzt und fördert.

*Der BDI hat kürzlich dazu aufgefordert, bei Fällen offensichtlichen Rechtsextremismus auch mit Abmahnungen oder gar Entlassungen zu reagieren. Sind solche Maßnahmen sinnvoll und überhaupt durchführbar?*

Auswüchse und Extremismus jeder Art sind sicher nicht tolerierbar. Förderlich ist, wenn man klare Zeichen setzt. Hier beschreibt man meiner Meinung nach als betrieblicher Vorgesetzter einen schmalen Grat zwischen gesetzlich möglichen Reaktionen einerseits und der Gefahr, die freie Meinungsäußerung zu behindern oder gar Mobbing zuzulassen. Wir werden aber immer im Rahmen der Möglichkeiten agieren. Wie gesagt, für uns geht es nicht nur um Toleranz, sondern um die bewusste Förderung der Vielfalt.

reits zwei Wochen nach Montage wurde ein Schild mutwillig zerstört und der Stadtteil Dürwiß mit Flugblättern rassistischen Inhalts übersät. Doch die Stadt läßt sich nicht einschüchtern: 20 Mitarbeiter wurden ausgeschickt, um die betroffenen Straßen von dem „geistigen Unrat“ zu reinigen. „Wir werden die Hinweistafel so schnell wie möglich wieder an ihren alten Platz setzen“ versicherte außerdem Stadtpressesprecher Stefan Kaever.

Wichtig ist für Ilker Zaman, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates Eschweiler, dass Stadt und Beirat eng zusammenarbeiten, um Problemen zu begegnen. Zaman betont, dass die neuen Ortsschilder kein Lippenbekenntnis seien, sondern Ausdruck einer demokratischen Kultur. Schon früh habe sich in Eschweiler Widerstand gegen rechtsextreme Umtriebe erregt. „Dies war sehr wichtig für uns.“ lobt Beiratsmitglied Abdeslam el Bourakkadi die Eschweiler Bevölkerung.



### SOS-Rassismus in Solingen vor dem Aus?

Probleme hat hingegen der Solinger Verein „SOS-Rassismus – Verein für Völkerverständigung“. Gegründet nach dem Mordanschlag 1993, bei dem fünf türkische Einwohner starben und weitere zum Teil schwer verletzt wurden, wird ab 2001 die Arbeit des Vereins wahrscheinlich stark eingeschränkt werden. Grund dafür ist ein Ratsbeschluss vom 6. April 2000. An diesem Tag strich die CDU/FDP-Mehrheit im Solinger Rat die Zuschüsse für das Jahr 2001 an den Verein. Begründet wurde der Vorstoß u.a. damit, dass der Verein auch Flüchtlinge berate, was aber bereits von den großen Wohlfahrtsverbänden übernommen

werde. Außerdem würde Rassismus in Solingen aus der Mitte der Gesellschaft heraus bekämpft.

Britta Müller, Geschäftsführerin von SOS Rassismus, berichtet, dass man sich monatelang um Gespräche mit der CDU-Führung bemüht habe, aber diese erst im September 2000 realisiert wurden, als im ganzen Land über die Bekämpfung von Rassismus und Gewalt debattiert wurde. Doch die Gespräche brachten den Verein nicht weiter: Denn nur die Begründung für die Mittelstreichung wurde verändert: Die städtischen Mittel sollen breiter gestreut werden. Daher wolle man von nun an nur Projekte und keine Institutionen fördern. Künftig müssen in Solingen mindestens zwei Vereinigungen zusammenarbeiten, um Fördermittel zu erhalten. Nach Müllers Einschätzung werde das den Wirkungsgrad ihrer Organisation stark einschränken. Sie fürchtet, dass eine auch von den Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen anerkannte Institution in ihrem Bestand gefährdet wird. Außerdem sei mit einer reinen Projektförderung kaum die von der Politik geforderte Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu garantieren. Eine andere Lösung ist in Solingen augenblicklich aber nicht zu erwarten.

### Tue Gutes – und stell' es ins Internet

Unter [www.NRWGegenRechts.de](http://www.NRWGegenRechts.de) präsentiert das nordrhein-westfälische Innenministerium im Internet Ideen, Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus.

Unter der ständig aktualisierten Web-Adresse finden sich neben den bekannten überregionalen Organisationen wie dem Deutschen Gewerkschaftsbund auch lokale Projekte von Schulen oder Vereinen. Dazu gibt es eine lange Link-Liste mit entsprechenden Querverweisen und ein Meinungsforum für die Besucher der Homepage.

Beiräte, die Interesse haben, ihre Tätigkeiten auf dieser Homepage zu präsentieren, können unter [info@mail.verfassungsschutz.nrw.de](mailto:info@mail.verfassungsschutz.nrw.de) oder der Fax-Nummer 0211/871-2980 Informationen zu ihren Projekten weitergeben.

Auf der Internetseite der LAGA-NRW können die Beiräte ebenfalls ihre Tätigkeiten präsentieren. Entsprechende Daten sind zu senden an:

LAGA-NRW@t-online.de oder zu faxen unter: 0211/99 41 615

### Stadt Eschweiler setzt Zeichen gegen Rassismus

Einen langen Atem mussten Eschweilers Kommunalpolitiker, Ausländerbeirat und Stadtverwaltung schon haben, aber der feste Wille dazu war vorhanden. Bereits im Dezember 1999 brachte die SPD-Fraktion den Antrag in den Eschweiler Stadtrat, sich an einer Aktion von „Courage – SOS Rassismus“ zu beteiligen. Im Sommer 2000 war es schließlich so weit: Gleich an vier Ortseingängen wurden Schilder mit der Aufschrift „Eschweiler hat keinen Platz für Rassismus“ aufgestellt. Leider ist das Bekenntnis nicht bei allen Eschweilern gut angekommen: Be-

## EU fordert strikte Bekämpfung von Diskriminierung – Mitgliedsstaaten zur Umsetzung verpflichtet

Dass sie mehr als ein großer Wirtschaftsraum ist, hat die Europäische Union jetzt unter Beweis gestellt. Im Sommer verabschiedete der Ministerrat eine Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. Der nordrhein-westfälische Europaminister Detlev Samland begrüßte den Schritt als „Ausdruck der europäischen Werteordnung.“ Die Mitgliedsstaaten sind nun noch stärker verpflichtet, Anstrengungen gegen alle Formen der rassischen und ethnischen Diskriminierung zu unternehmen.

Die im Amtsblatt veröffentlichte Richtlinie verbietet jede Rassendiskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und soziale Sicherheit, im Gesundheitswesen sowie beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen und stellt sicher, dass Diskriminierungsopfern in allen Mitgliedsstaaten Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnet werden.

Außerdem wird jeder EU-Staat verpflichtet, eine unabhängige Stelle zur Förderung der Gleichbehandlung einzurichten, die Diskriminierungsopfern bei der Verfolgung ihrer Beschwerden zur Seite steht. Für Opfer ist die Passage zur sogenannten Beweislastumkehr besonders wichtig. Denn künftig muss der der Diskriminierung Beschuldigte beweisen, dass er nicht diskriminiert hat. Bis zum 19. Juli 2003 muss die Richtlinie in nationales recht umgesetzt sein.

Die LAGA NRW, ihre Mitglieder sowie alle Migrantenorganisationen sollten in Zusammenarbeit mit anderen Minderheitenorganisation darauf achten, dass die Richtlinie konsequent umgesetzt wird. Ein Anfang könnte gemacht werden durch Diskriminierungsberichte in den Kommunen, die die Beiräte fordern. Daraus ließen sich dann Maßnahmenkataloge entwickeln, die Diskriminierung konsequent bekämpfen.

In diesem Zusammenhang kann auch auf Mittel des Sozialministeriums NRW zurückgegriffen werden. Der neue So-

zialminister Harald Schartau betonte in einer Pressemitteilung nochmals seine Bereitschaft, die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Diskriminierung auch mit Geld zu unterstützen.

## Einbürgerungszahlen steigen – Aber: Kein Ansturm auf die Ämter

Mit 26.266 Einbürgerungen im ersten Halbjahr 2000 haben gut zehn Prozent mehr Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen als im Vergleichszeitraum 1999. Auch die Zahl der neu gestellten Einbürgerungs-Anträge ist landesweit um 20 Prozent gestiegen. Diese erfreulichen Zahlen, die innenminister Fritz Behrens

vorlegte, sind eine erste positive Bilanz des reformierten Einbürgerungsrechts, das am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist. Vor allem die deutliche Verkürzung des erforderlichen Aufenthaltes in Deutschland von 15 auf acht Jahre hat die Anträge ansteigen lassen. Ein Ansturm blieb jedoch aus. „Das Festhalten an der grundsätzlichen Vermeidung von doppelter Staatsangehörigkeit wird auch in Zukunft für viele eine zu hohe Hürde sein.“ gab Behrens allerdings zu.

Diese Meinung wird durch Umfrageergebnisse des Zentrums für Türkeistudien bestätigt, wonach bis zu 80 Prozent der Migranten sich einbürgern ließen, wenn sie auch ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürften.

Ercüment Toker vom Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW glaubt, dass eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ein wichtiges Signal der Mehrheitsgesellschaft an die Migranten gewesen wäre. So hätten viele ältere Migranten das Gefühl, sie seien eigentlich nicht willkommen.

Dennoch ruft Toker dazu auf zumindest die Möglichkeit der Kindeseinbürgerung zu nutzen. Für Migranten-Kinder, die am 1.1.2000 das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, können deren Eltern noch bis zum 31.12.2000 Anträge auf Einbürgerung stellen. Die Kinder dürfen zunächst beide Staatsbürgerschaften innehaben, müssen sich später zwischen dem 18. und dem 23.

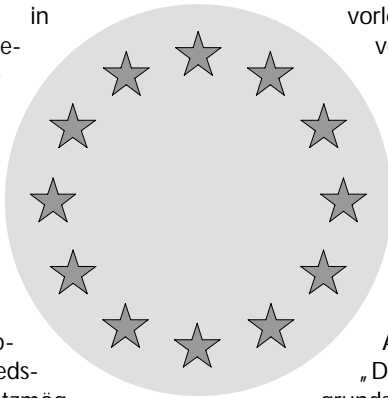


Lebensjahr aber für eine entscheiden.

Gemeinsam mit der LAGA NRW hat das Aktionsbüro schon zu Beginn des Jahres eine „Einbürgerungskampagne für Kinder und Eltern“ eröffnet. Die Beiräte sollten in den verbleibenden Monaten in ihren Kommunen zur Kindeseinbürgerung aufrufen.

## Gutachten bestätigt: Beiräte haben Anspruch auf „erforderliche Mittel“

In einem von der LAGA NRW in Auftrag gegebenem Rechtsgutachten kommt Rechtsanwalt Mustafa Kaplan zu dem Schluss, dass §27 der Gemeindeordnung NRW, die Kommunen zu angemessener Ausstattung der Beiräte verpflichtet. Beiräte, die meinen, nicht sachgemäß mit finanziellen und Sachmitteln ausgestattet zu sein, können ihr Recht durch Leistungsklage beim zuständigen Verwaltungsgericht einfordern. Die Erfolgsaussichten sind gut, meint Kaplan. Allerdings weisen er und Ercan Atay als Leiter des Fachausschusses Recht der LAGA NRW darauf hin, dass für den Fall einer Gerichtsverhandlung Argumente und Beweismittel gut vorbereitet sein wollen. Schließlich sind die klagenden Beiräte in der Beweispflicht. Und, betont Kaplan, die Räte haben auch nach einem positiven Urteil die Etathöhe und entscheiden somit über die Höhe der Mittel. „Deshalb sollte eine Klage immer das letzte Mittel sein, zunächst sollte man das vertrauensvolle Gespräch mit Rat und Verwaltung suchen. Dabei kann das Gutachten helfen.“ so Atay.





## Neuerscheinungen



*Eine ganze Reihe interessanter Veröffentlichungen beschäftigen sich mit Migrationsfragen. Der Info-Dienst Migration stellt einige vor.*

### Erfolgreich durch „Jugend in Arbeit“

Das Arbeits- und Sozialministerium hat nach eineinhalb Jahren Landesinitiative zur Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher eine Bilanz vorgelegt. In der Broschüre kommen die Teilnehmer der Initiative selber zu Wort. Sie berichten über ihre persönliche Situation vor und nach der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Dabei wird deutlich, wie die Initiative „Jugend in Arbeit“, den jungen Menschen geholfen hat. So kann man auch Anregungen für die tägliche politische Arbeit in den Kommunen mitnehmen.

*Zu erhalten ist die Broschüre bei der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH, Frau Roes Im Blankenfeld 4, 46238 Bottrop  
Tel.: 02041/767 – 108;  
Fax: 02041/767 – 299  
Internet: [www.ja.nrw.de](http://www.ja.nrw.de)*

### Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste

Die 141 Seiten starke Broschüre des Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen dokumentiert die Ergebnisse der gleichnamigen Veranstaltung. Darin werden interkulturelle Weiterbildungsprojekte für Mitarbeiter sozialer Dienste und Strategien für eine interkulturelle Öffnung vorgestellt.

Wichtigste Forderung der Teilnehmer der Tagung, die bereits im Herbst 1999 stattfand, ist: Interkulturelle Kompetenz fördern, damit Zuwandererinteressen besser im Angebot der kommunalen Ämter und sozialen Einrichtungen berücksichtigt werden können. Immer noch seien die Angebote öffentlicher und sozialer Einrichtungen nicht ausreichend für Migranten geöffnet. Wer beispielsweise ein Altersheim mit migrantenspezifischen Angeboten oder eine

Aidsberatung auf Türkisch oder Griechisch sucht, der stößt oft noch auf Unverständnis.

In der Dokumentation werden Schwierigkeiten bei der interkulturellen Öffnung der sozialen Dienste thematisiert und Strategien zu deren Überwindung entwickelt. Der stark praktisch ausgerichtete Inhalt stellt außerdem zehn Fortbildungsprojekte für Mitarbeiter in öffentlichen Institutionen vor. *Man kann die Broschüre beim LZZ bestellen, Fax-Nr. 0212/23 23 918 oder aus dem Internet unter [www.lzz-nrw.de](http://www.lzz-nrw.de) als PDF-Datei kostenlos herunterladen.*

### Neuer Info-Dienst: Migration und öffentliche Gesundheit

Der Forderung der interkulturellen Öffnung sozialer Dienste ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefolgt.

Seit Juli 2000 gibt sie vierteljährlich einen Informations-Dienst heraus, der sich an alle wendet, die in den Bereichen Migration und Gesundheit tätig sind. Die Redaktion versteht ihre Arbeit als gebündelte Informationsbörse, in der Beiträge mit Anregungen und Terminhinweise erscheinen. Organisationen, die zu den genannten Bereichen Veranstaltungen planen oder Publikationen herausgeben, können im Info-Dienst der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf sich aufmerksam machen. Dazu muss lediglich ein Beitrag an die Redaktion geschickt werden.

Neben der gedruckten Ausgabe, die viermal jährlich erscheinen wird (im Januar, April, Juli und Oktober eines jeden Jahres), gibt es im Internet und [www.infodienst.bzga.de](http://www.infodienst.bzga.de) eine ständige Aktualisierung.

Die Redaktionsadresse lautet:  
*Gesunde Städte – Büro des Gesundheitsamts Essen, Info-Dienst Migration, Varnhorststraße 17, 45127 Essen  
Fax: 0201/88 53 135  
e-mail: [horst-heinemann@t-online.de](mailto:horst-heinemann@t-online.de)*

### Interkultureller Dialog – Stadtentwicklung und Zuwanderung

Stadtentwicklung und Zuwanderung: Mit dieser Veröffentlichung setzt das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-

Westfalen die 1997 begonnenen Aktivitäten fort. Sie stehen in Zusammenhang mit dem Projekt „Interkultureller Dialog“ des Instituts. Ziel ist die praxisnahe Auseinandersetzung mit Problemen des interkulturellen Zusammenlebens und die Suche nach geeigneten Handlungsansätzen auf der Basis von Beispielsprojekten und gemeinsamer Diskussion.

Im aktuellen Band finden sich Beiträge von Wissenschaftlern und Migrationspolitikern, die sich u.a. mit den „Rahmenbedingungen für die Vernetzung interkultureller Einrichtungen im Stadtteil“, „Städtebau und Stadtentwicklung im Zeichen der Zuwanderung“, „Perspektiven politischer Mitwirkung von Migranten in der Stadt“ befassen.

Der Band kostet 15,- DM und ist über das Buchhandel zu beziehen oder direkt beim Landesinstitut zu bestellen.

*Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Deutsche Straße 5, 44339 Dortmund.  
Fax: 0231/90 51-155*

### Islamische Organisationen in Deutschland

Einen ausführlichen Überblick über die verschiedenen islamischen Organisationen in Deutschland hat die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben.

In der Broschüre werden die einzelnen Organisationen vorgestellt sowie die Bedeutung der Religion für Zuwanderer aus mehrheitlich islamischen Ländern dargestellt.

Dabei arbeitet Dr. Thomas Lemmen in seiner Expertise die Problematik für die Zuwanderer wie für die westliche Gesellschaft heraus.

„Für Muslime stellt sich die schwierige Aufgabe, ein Verständnis des Islam zu entwickeln, das mit dem Leben in westlichen Einwanderungsgesellschaften vereinbar ist. Der Islam ist in unserer Gesellschaft ein Orientierungsrahmen unter vielen anderen. Er steht in Konkurrenz zu anderen religiösen und weltanschaulichen Grundüberzeugungen. Dies ist eine vollkommen andere Situation als in den Herkunftsländern der Migranten, in denen es entweder keine Trennung von Staat und Religion gibt, des Islam Staatsreligion oder zumindest die Glaubensrichtung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist.“

*Bestellen kann man die aufschlussreiche Broschüre im Internet unter [www.fes.de](http://www.fes.de)*

## Seminare und Veranstaltungen

Rhetorik-Seminar für Ausländerbeiratsmitglieder  
Wochenendseminar  
(maximal 12 Teilnehmer!)

Reden heißt stets, andere Menschen von mir, meiner Meinung und meinem Ziel zu überzeugen versuchen. Reden ist beeinflussen. Worte bleiben nicht ohne Wirkung.

**Freitag:** Die Teilnehmer sollen erkennen, daß sie reden können und daß sie hauptsächlich selbst glauben, dass sie nicht reden könnten. Es werden erste einfache Redeübungen nach dem persönlichen Ist-Stand gemacht.

**Samstag:** Die Teilnehmer sollen ihre persönlichen Redestärken erkennen, um dann ihre individuelle Verhalten sowie nonverbale und verbale Eigenheiten positiv zu verstärken.

**Sonntag:** Zaghaftigkeitssignale bemerken. Non-verbale Kommunikation erkennen. Die Teilnehmer reden stehend – mit und ohne Pult. Sie proben die persönliche Sprechtechnik und merzen „Un“-arten aus.

Das Verbessern der Formulierungskunst bewirkt rasch auch eine erhebliche Verbesserung in der Klarheit des Denkens. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer üben, Mut zu sich selber zu finden. Glaubhaft argumentieren hilft nicht nur in der Ausländerbeiratsarbeit, sondern stärkt generell das Selbstwertgefühl.

*Termin: 22. - 24. September 2000,*

*Anreise bis 18.00 Uhr*

*Ort: Bocholt*

*Teilnahmebeitrag: 90,- DM (Einzelzimmer) \**

### „10. Bocholter Forum“

Die Migrantengesellschaft als europäische Herausforderung im 21. Jahrhundert

Die Migrationsgesellschaft ist bereits heute unabwendbare Realität, die demographische Entwicklung, die Situation auf den Arbeitsmärkten und die sozialen Sicherungssysteme werden Politiker und die breite Öffentlichkeit zwingen, sich viel mehr als bislang mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

10 Jahre Bocholter Forum sollen Anlass sein, Chancen, Gefahren und absehbare Folgen dieser Entwicklung möglichst konsequent zu reflektieren. Auf Grundlage eines Szenarios sollen die Entwicklungen und Entwicklungsalternativen der Migrantengesellschaft möglichst umfassend und konkret greifbar gemacht werden.

*Termin: 20. - 22. Oktober 2000,*

*Anreise bis 18.00 Uhr*

*Ort: Bocholt*

*Teilnahmebeitrag: Entfällt*

„Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“

Das LAGA-Papier zur Bildungspolitik „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ stößt auf große Zustimmung. Der Beschluß des Migrationsausschusses des Landtages von Nordrhein-Westfalen vom 29. März 2000 „Interkulturelle Bildung und Erziehung in NRW“ greift viele Punkte auf, die im LAGA-Papier enthalten sind.

Aber es bleibt offen: Wie können die Vorschläge vor Ort verwirklicht werden? Und: welche positive Rolle können dabei die Ausländerbeiräte spielen?

Diese Tagung soll positive Beispiele vor Ort sammeln, Aktionsbeispiele vorführen und typische Situationen durchspielen, um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fit zu machen für die Aktionen vor Ort.

*Termin: 28. Oktober 2000, Beginn 10 Uhr*

*Ort: Köln*

*Teilnahmebeitrag: Entfällt*

**Weitere Seminartermine und die Anmeldung zu den genannten Seminaren unter:**

**LAGA NRW, Tel.: 0211/99 41 60 oder im Internet unter: [www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de)**

**NEU ... NEU ... NEU ...**

Hotline der LAGA NRW zur Bildungspolitik

Beratungsgespräche für die Arbeit der örtlichen Beiräte mit Bildungsexperten der LAGA. Informieren Sie sich über:

- ▶ Welche rechtlichen Grundlage hat der muttersprachliche Unterricht?
- ▶ Wie alphabetisiert man zweisprachige Kinder?
- ▶ Was kann Schule zur Verbesserung der Deutschkenntnisse tun?
- ▶ Welche Lehrerstelle/Gelder gibt es zum Deutschlernen?
- ▶ Gibt es islamischen Religionsunterricht?
- ▶ Welche Initiativen zur Bildungspolitik kann der Beirat vor Ort entwickeln?
- ▶ Was können Eltern zur Verbesserung der schulischen Leistungen tun?

*Rufen Sie an:*

Montag, 16. 10.

Montag, 6. 11.

Montag, 27. 11.

Montag, 18. 12.

immer von 14 – 16 Uhr unter 0211/99 41 60.

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: [LAGA-NRW@t-online.de](mailto:LAGA-NRW@t-online.de)  
[www.LAGA-NRW.de](http://www.LAGA-NRW.de)

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:  
Salvatore di Gangi, Ercan Atay,  
Ulrich Bechmann, Kemal Cavdar,  
Salvatore di Gangi, Tayfun Keltek,  
Ercan Öztasquin, Franz Paszek,  
Susana dos Santos Herrmann  
(redaktionelle Koordination)  
Ali Hakan Saribas, Enver Şen

V.i.s.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln  
Druck: Druckerei Kaul, Köln